

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.  
Humorist. Blätter) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

34. Jahrgang.

N<sup>o</sup>. 106.

Donnerstag, den 8. September

1887.

### Zur Weltlage.

Unzufriedenheit überall! Das ist die Signatur der Zeit, und nicht nur die Geschäftsleute allein geben ihrem Mißmuth Ausdruck, sondern auch aus der sonst so bedächtigen und vornehmen Sprache der Diplomatie klingt das Unbehagen deutlich genug heraus.

Die „Frage“, welche gegenwärtig am besten im Fluß ist und alle Kabinete in Athem hält, ist die bulgarische. So drohend auch hier und da die diplomatischen Noten auftreten, so wenig die offiziellen Zeitungen Deutschlands und Rußlands dem Fürsten Ferdinand gegenüber ein Blatt vor den Mund nehmen, so herrscht doch allseitig die Ansicht vor, daß es Bulgariens wegen zu einem Kriege nicht kommen werde. Es wäre vielleicht zweckdienlich, wenn man das genannte Balkanland ruhig in seinem eigenen Fette schmoren ließe, wenn sich keine andere Großmacht darum kümmern, wer in Sofia regiert. Da indessen Rußland das allergrößte Gewicht darauf legt, daß die von ihm befreiten „slawischen Brüder“ nach dem Takte tanzen, der in Petersburg angeschlagen wird, so haben die übrigen Großmächte alle Mühe, zu verhindern, daß der Tanzmeister dem ungeberdigen Schüler nicht mit dem Taktstock auf den Kopf schlägt.

Es ist schon ein Duzendmal von autoritativer Seite hervorgehoben worden, daß Deutschland in Bulgarien so gut wie gar keine Interessen zu vertreten habe und es müßte daher für Deutschland auch gleichgültig sein, ob Prinz oder Prinz Fürst von Bulgarien ist. Die davon scheinbar abweichende Politik des Reichskanzlers erklärt sich aber einfach aus dem Umstande, daß die Verhältnisse aller Balkanstaaten durch den Berliner Vertrag „geregelt“ sind und jede eigenmächtige Aenderung darin als ein Vertragsbruch erscheint. Hat man nun schon dem großmächtigen Rußland durch die Finger gesehen, als es in flagranter Verletzung des Berliner Vertrages die Freihafenstellung Batums aufhob, so kann man sich doch nicht von den Kleinstaaten am Balkan so ohne weiteres auf der Nase tanzen lassen.

Deutschland schließt sich daher dem Proteste Rußlands gegen die Neugestaltung der bulgarischen Dinge an, wird auch wahrscheinlich die übrigen Großmächte zu veranlassen suchen, ebenfalls ausdrücklich zu protestiren; wenn dieser moralische Druck aber nicht ausreicht, um den Koburger zum Kofferpacken zu zwingen, — nun, dann wird Deutschland auch noch lange, lange nicht marschiren oder seine Schiffe vor Varna aufahren lassen. Erispi's Organ, die „Riforma“, meint, allmählich würden die Mächte dem Verhalten Italiens folgen und den Dingen in Bulgarien freien Lauf lassen. Wenn Rußland damit zufrieden ist, Deutschland kann es erst recht sein, denn dessen ganze Politik ist darauf gerichtet, den Frieden zu erhalten und nur aus diesem Grunde muß es wünschen, daß die Bestimmungen des Berliner Vertrages geachtet werden.

Italien begünstigt den Koburger; die nationale Einheit Italiens hat auch erst erlangt werden müssen und hob sehr wesentliche Bestimmungen älterer internationaler Verträge, so des Wiener Friedens, auf. Erst spät erfolgte die Anerkennung Italiens seitens der Großmächte. Erispi, der gegenwärtige Leiter Italiens, läßt nun die Ansicht verbreiten, daß sich in Bulgarien wahrscheinlich dasselbe Bild zeigen werde; der Berliner Vertrag sei zwar verletzt, aber zu gutergelegt würden sich die Großmächte darin finden und das Land in Ruhe lassen.

Der zweite Brennpunkt der europäischen Politik ist das immer unheimlicher werdende Verhältniß zwischen Frankreich und Deutschland. In den offiziellen Beziehungen hat sich in letzter Zeit nichts verschlimmert; im Gegentheil, es hat den Anschein, als ob seit dem Rücktritt Goblets und dem Amtsantritt Rouviers eine Besserung eingetreten wäre, die Spannung nachgelassen hätte. Aber das nicht-offizielle Frankreich kann seinen Deutschenhaß kaum noch zähmen und auf den Titel der „ritterlichen Nation“ können die Franzosen schon längst keinen Anspruch mehr erheben. Das Phantom eines russisch-französischen Bündnisses ist in Nichts zerflissen und die Wiederannäherung

zwischen Rußland und Deutschland erfolgt unverkennbar, wenn auch aus der Zwei-Kaiser-Zusammenkunft nichts zu werden scheint.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Es geht mit der Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland und Rußland just wie weiland mit den Nachrichten von dem Eintreffen des Koburges in Sofia — auch betreffs der Herrscherbegegnung kommt fortgesetzt eine Fluth von Meldungen, die im regelmäßigen Turnus einander widersprechen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ giebt in „hochoffiziösem“ Druck Kunde davon, daß an eine Entree gar nicht gedacht worden. Sie schreibt: „Verschiedene Blätter bringen die aus österreichischen und französischen Quellen stammende Nachricht, daß eine Zusammenkunft des deutschen und des russischen Kaisers in Stettin während dieses Monats beabsichtigt sei. Wir sind in der Lage, zu versichern, daß in unterrichteten Kreisen von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt ist. Die ganze Zeitungsnachricht beruht lediglich auf Muthmaßungen; es liegt nichts vor, was zu der Annahme berechtigt, daß ein Besuch des Czaren in Stettin beabsichtigt sei. Eine ganz müßige Konjektur ist es, wenn einige Blätter von der Erneuerung eines im September ablaufenden deutsch-russischen Vertrages sprechen; ein solcher existirt gar nicht.“

Durchaus im entgegengesetzten Sinne äußern sich Blätter, die ebenfalls sonst als über die Meinung an kompetenter Stelle unterrichtet gelten. Die „Post“ meldet: „Die Möglichkeit einer Entree zwischen dem Kaiser und dem Czaren ist, wie wir hören, nach dem Aufgeben der Reise nach Königsberg zu den Manövern nicht geringer geworden als früher, da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß der Gesundheitszustand des Kaisers die geringere Anstrengung einer kürzeren Reise leichter ertragen, ja sogar die Unterlassung der schweren Reise nach Königsberg die Kräfte des hohen Herrn für die kürzere Reise und einen wichtigen hochpolitischen Zweck stärken würde. Sollte die Entree stattfinden, so werden, wie wir erfahren, Ihre Majestäten am nächsten Sonntag abreisen und am Montag die Ankunft des Kaisers Alexander III. erwarten.“

Die „Kr. Ztg.“ läßt sich also vernehmen: „Die in Aussicht genommene Begegnung Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm mit Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland in Stettin darf, allen Anzeichen nach, als sicher bevorstehend bezeichnet werden. Wie man annimmt, wird Kaiser Wilhelm mit seiner erlauchten Gemahlin am nächsten Sonntag abreisen, um bereits am Montag die Ankunft des Kaisers Alexander zu erwarten.“

Und die über Vorgänge in der hohen Politik meist gut unterrichtete „Frank. Ztg.“ läßt sich aus Berlin telegraphiren: „Da die Folgen des neulichen Falles des Kaisers als ziemlich beseitigt gelten dürften, wird die Reise des Kaisers nach Stettin zum Zwecke einer Zusammenkunft mit dem Czaren in Hofreisen als feststehende Thatsache angesehen.“ — Es besteht, wie man sieht, über die Frage noch eine totale Unsicherheit.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“, den jüngsten „Deutschland und Rußland“ betitelten Artikel der „Kölnischen Zeitung“ besprechend, sagt, der deutschen Politik sei im Interesse des Reichs und seiner Würde die Aufgabe der Erhaltung des Friedens gestellt, so lange derselbe mit Ehren haltbar sei; der Ausgangspunkt dieser Thätigkeit könne nur auf dem Boden der von Deutschland geschlossenen Verträge gesucht werden. Daß die sonst erfolgreiche Friedensarbeit der deutschen Politik seit drei Sommern durch Bulgarien und seine Fürsten gestört werde, könne das Wohlwollen der deutschen Politiker Bulgarien nicht zuwenden; es entspreche den Interessen der ebenso friedliebenden, wie wahrhaftigen deutschen Nation, daß Deutschland sein volles Gewicht im Rathe Europas dafür einsetze, daß Europa den ehrgeizigen bulgarischen Fürsten und die Minister, welche geneigt seien, Feuer in Europa anzulegen, zur Ruhe verweise.

Deutschland halte an den durch den Koburger und den Battenberger gebrochenen Verträgen fest, nicht aus der Gefährlichkeit gegen andere Mächte, sondern aus Achtung von der eigenen Unterschrift. Für die Frivolität, womit der Friede Europas durch das Orleans-Koburgische Unternehmen auf Spiel gesetzt werde, fehle auch jeder Schein der Entschuldigung. Das Unternehmen des Koburgers sei nur erklärlich, wenn man den Koburger als den Träger ausschließlich orleanistischer Politik auffasse. Die Interessen des Hauses Orleans seien derartige, daß ein bauern-der Friede sie nicht fördere; ein europäischer Krieg würde zunächst das Bestehende in Frage stellen, nach dessen Sturz Wege vorhanden seien, um für den Wechsel der Zustände in Frankreich Raum zu schaffen.

— Seit dem Tode des Königs Ludwig von Bayern sind in München Gold- und Silbermünzen von 2 und 5 Mk. nicht mehr geprägt worden, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Thatsache, daß die betreffenden Münzen das Bildniß des nominellen Landesherren, d. h. des Königs Otto, tragen müßten.

— In der Provinz Posen bereitet sich langsam eine Verminderung der Städte vor. Die Provinz hat nämlich eine übergroße Zahl von Städten. Da der Besitz einer Stadt mit erhöhten Einnahmen verbunden war, so gründeten vormalig die polnischen Großgrundbesitzer eine Stadt nach der anderen, unbekümmert darum, ob ein Bedürfniß vorlag und die Existenzbedingungen vorhanden waren. Auf diese Weise ist eine Reihe von Städten entstanden, die mit ihrer Armuth und mit ihrer Einwohnerzahl von nur wenigen Hunderten einen geradezu erbärmlichen Eindruck machen und unverhältnißmäßig hohe Verwaltungskosten beanspruchen. Die preussische Regierung ist deshalb darauf bedacht, die Zahl dieser Städte im Wege der Vereinbarung zu vermindern und so die Steuerlast für die Einwohner zu verringern. Natürlich giebt es dabei auch heftigen Widerstand, da es in jedem Orte Interessententriebe giebt, die lieber in einer Stadt, als in einem Dorfe wohnen. Trotzdem ist es schon in etwa 10 Fällen gelungen, die städtische durch die Landgemeinde-Versammlung zu ersetzen, und augenblicklich macht sich in dieser Richtung eine stärkere Strömung geltend, sodaß also wohl noch mehrere Umwandlungen von Städten in Dörfer folgen werden. Posen hat 137 Städte, das sind im Verhältniß fast noch einmal so viel, als in anderen preussischen Provinzen.

— Rußland. Die Naturalisation in Rußland wird auf Grund der bekannten Fremden-Ulase von Ausländern massenhaft nachgesucht. Der „Post“ zufolge soll eine so große Anzahl von Gesuchen von Ausländern um Aufnahme in den russischen Unterthanenverband bei dem Ministerium des Innern eingegangen sein, daß man beschließen will, die Bestimmungen des Jahres 1876 streng festzuhalten, wonach fremde Unterthanen erst drei Jahre in Rußland domiciliren müssen, ehe sie das Recht haben, ein Gesuch um Aufnahme in den russischen Unterthanenverband zu stellen. Die Entscheidung auf ihr Gesuch soll dann erst nach Verlauf von weiteren zwei Jahren erfolgen. Ausländischen Juden soll im Allgemeinen überhaupt nicht gestattet werden, die russische Nationalität anzunehmen.

— England. Aus London wird unterm 6. Septbr. gemeldet: Gestern Abend brach während der Vorstellung im Theater der ca. 38,000 Einwohner zählenden Stadt Exeter (Hauptort in der englischen Grafschaft Devon) eine Feuersbrunst aus, welche das Gebäude gänzlich zerstörte. Bisher sind 60 Leichen aus den Trümmern gezogen worden und 20 Verletzte in das Spital gebracht. — Nach weiteren Meldungen aus Exeter ist der Verlust an Menschenleben bei dem Theaterbrande erheblich größer, als anfänglich angegeben wurde. Es sind bereits 130 Leichen aus den Trümmern hervorgezogen, meist von solchen Theaterbesuchern, welche ihre Plätze auf der Galerie hatten und die sich, da nur ein einziger Ausgang vorhanden war, nicht rechtzeitig retten konnten. Von den Besuchern des Parquets, Parterres und der Logen retteten sich die meisten, ehe die Flammen um sich griffen,